

## Inhalt

|                                                                                                                                                                        |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Das Europäische Parlament stimmt der Internalisierung der externen Kosten bei der Mautberechnung für LKW zu.....                                                       | 1  |
| Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel.....                                                                                                          | 2  |
| Kommission verabschiedet zwei Verordnungen zur schrittweisen Abschaffung ineffizienter Glühlampen.....                                                                 | 4  |
| EuGH-Urteil C-169/07: Hartlauer Handelsgesellschaft mbH gegen Wiener Landesregierung und Oberösterreichische Landesregierung.....                                      | 5  |
| Kohäsionspolitik unterstützt "grüne Wirtschaft" im Interesse von Wachstum und Langzeitbeschäftigung in Europa.....                                                     | 5  |
| IMI-Netzwerk und Dienstleistungsrichtlinie.....                                                                                                                        | 6  |
| Folgen des Klimawandels für die Ressourcen Land und Wasser.....                                                                                                        | 6  |
| Zukunft der Arbeitsplätze und Wachstum der EU.....                                                                                                                     | 7  |
| Tourismus-Agenda und Nachhaltigkeit.....                                                                                                                               | 8  |
| Europäisches Parlament stellt Kampagne zur Europawahl vor.....                                                                                                         | 8  |
| Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, und AdR-Präsident, Luc Van den Brande, rufen zur Beteiligung an den Europawahlen im Juni 2009 auf..... | 9  |
| Eurobarometer-Umfrage: Der Einfluss lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in der EU.....                                                                        | 10 |
| Koordiniertes Vorgehen der EU kann soziale Folgen der Krise mildern.....                                                                                               | 11 |
| Überarbeitung der EU-Vorschriften für Kosmetika.....                                                                                                                   | 11 |
| Höhere Steuern auf Tabakprodukte.....                                                                                                                                  | 12 |
| Mehrsprachigkeit fördern.....                                                                                                                                          | 12 |
| Schärferes Vorgehen gegen Genitalverstümmelung.....                                                                                                                    | 13 |
| Bericht der Kommission über das weltweite Drogenproblem in den letzten zehn Jahren.....                                                                                | 13 |
| Klimawandel: Kommission unterstreicht die Bedeutung der Böden.....                                                                                                     | 13 |
| Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström absolviert Arbeitsbesuch in Brüssel.....                                                                                   | 14 |
| Versammlung der Regionen Europas veranstaltete eine Diskussion über europäische Kommunikation: „Sprich zu mir, Europa!“.....                                           | 14 |
| AT-Netzwerktreffen im Verbindungsbüro des Landes Salzburg „MitarbeiterInnen der Europäischen Kommission als BotschafterInnen“.....                                     | 15 |
| 11. bis 12. März 2009 – Trainingakademie der Versammlung der Regionen Europas.....                                                                                     | 16 |
| BORG Mittersill.....                                                                                                                                                   | 16 |
| Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU.....                                       | 16 |
| Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges.....                                                                                                                       | 17 |
| Internes.....                                                                                                                                                          | 18 |
| Ausblick auf die nächste Extrablatt-Ausgabe.....                                                                                                                       | 19 |

# Extrablatt

## aus dem

# EU-Verbindungsbüro Brüssel

## Das Europäische Parlament stimmt der Internalisierung der externen Kosten bei der Mautberechnung für LKW zu

Am 11. März hat das Europäische Parlament über die Wegkostenrichtlinie „NEU“ in seiner Plenartagung in Straßburg abgestimmt. 359 Abgeordnete stimmten für die Richtlinie, 256 dagegen, 86 enthielten sich der Stimme.

Nachstehend eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse:

- Als externe Kosten können in die Mautgebühren eingerechnet werden (ab 2012): die durch Lärm und Stau entstandenen Kosten sowie Kosten, die durch lokale Umweltverschmutzung entstehen. Nicht einberechnet werden können CO<sub>2</sub>- und Unfallkosten.
- Die Gebühren für externe Kosten müssen sich an den Kosten verkehrsbedingter Luftverschmutzung, den Kosten verkehrsbedingter Lärmbelastung oder beiden orientieren.

- Auf genau ausgewiesenen Straßenabschnitten, auf denen es zu Verkehrsstaus kommt, kann die LKW-Maut auch eine Stauabgabe einschließen.
- Ein Aufschlag für Bergregionen wird möglich.
- Die auf Grund dieser Richtlinie eingenommenen Mittel sollen vorrangig zweckgebunden verwendet werden.
- Ab 2011 sollen in jedem Mitgliedstaat mindestens 15 Prozent der Einnahmen aus den externen Kosten für die finanzielle Unterstützung von Vorhaben der Trans-europäischen Verkehrsnetze verwendet werden.
- Die Abstimmung des Europäischen Parlaments ist ein erster Schritt zur Anwendung des Verursacherprinzips im Straßenverkehr.

2

### *Wichtigstes Ergebnis der Abstimmung für das Bundesland Salzburg:*

Nach der heutigen Abstimmung im EP-Plenum könnten die Zuschläge für die durch Schwerverkehr verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten in sensiblen Bergregionen – dazu zählt auch die Tauernautobahn - vervielfacht werden. Durch die Internalisierung der externen Kosten, wie Lärm, Stau und lokale Umweltverschmutzung in die Maut und mit der Sonderbehandlung der Bergregionen stimmen die Europaabgeordneten einer vom Bundesland Salzburg seit Jahren eingebrachten Forderung zu.

#### *Weiteres Procedere:*

Derzeit finden Verhandlungen auf Ebene der VerkehrsministerInnen statt. Aufgrund der auf VerkehrsministerInnen-

Ebene zu erwartenden schwierigen Verhandlungen wird nicht mit einer Annahme der Richtlinie in erster Lesung gerechnet. Die Richtlinie wird voraussichtlich frühestens 2011 in Kraft treten.

*Den endgültige Text der konsolidierten legislativen Entschließung des EP finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0113+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

#### *Hintergrundinformation:*

Am 8. Juli 2008 hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket zum „Grünen Verkehr“ vorgelegt, welches vier Mitteilungen sowie einen Vorschlag zur Revision der Eurovignettenrichtlinie umfasst. Mit dem neuen Richtlinienvorschlag der Wegekostenrichtlinie wird die jahrelange Salzburger Forderung der Internalisierung der externen Kosten aufgegriffen und ein Zuschlag für die Tauernautobahn scheint erstmals möglich zu werden.

*Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie in den Extrablattaussagen Nr. 2, 4, 8, 12, 13, 14, 15, 18, 21, 33, 34, 39, 40, 41 und 43:*

[http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/news\\_infos/extrablatt-bruessel.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/news_infos/extrablatt-bruessel.htm)

## **Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel**

Am 19. und 20. März 2009 fand in Brüssel die Frühjahrstagung des Europäischen Rates unter tschechischem Vorsitz statt. Die Beratungen des Europäischen Rates waren insbesondere von der Suche nach Lösungen zur Bekämpfung der Finanzkrise geprägt.

Nachstehend die Themenschwerpunkte im Einzelnen:

### *Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage*

- **Vertrauen schaffen und Finanzstabilität fördern:**  
Weitere Maßnahmen sind notwendig, um den Kreditfluss wieder sicherzustellen. Dementsprechend fordert der Europäische Rat die Mitgliedstaaten auf, im Einklang mit den Leitlinien der Europäischen Kommission vom 25. Februar 2009 vorzugehen, wobei insbeson-

dere die Wettbewerbsregeln eingehalten werden sollen. In diesem Zusammenhang appelliert der Europäische Rat an den Rat und das Europäische Parlament, rasch zu einer Einigung über die Rechtssetzungsakte über Rating-Agenturen, Solvabilität von Versicherungsunternehmen, Eigenkapitalanforderungen an Banken und grenzüberschreitende Zahlungen sowie elektronisches Geld zu gelangen, damit diese Rechtssetzungsakte noch bis Juni 2009 verabschiedet werden können. Eine verbesserte Kontrolle und Beaufsichtigung der Finanzinstitute der EU soll auf Basis des von der Hocharangigen Gruppe zur Finanzaufsicht verfassten Berichts passieren. Der Rat wird angewiesen, den Bericht sowie die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung von Kontrolle und Beaufsichtigung des Finanzsektors der EU zu prüfen, damit der Europäische

Rat auf seiner Tagung im Juni 2009 erste Beschlüsse fassen kann.

- **Unterstützung der Realwirtschaft:** Der Europäische Rat hat eine Einigung über den Beitrag der Gemeinschaft zum Konjunkturprogramm erzielt. Mit dem Programm sollen Vorhaben im Bereich der Energie und des Breitbandinternets sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem "Gesundheitscheck" der Gemeinsamen Agrarpolitik unterstützt werden. Die Staats- und Regierungschefs betonen die Wichtigkeit der makrofinanziellen Stabilität als einen wesentlichen Faktor der Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als Ganzem. In diesem Sinne erklärt sich die Gemeinschaft dazu bereit, Zahlungsbilanzhilfen für die Mitgliedstaaten, die diese benötigen und die dafür in Frage kommen, bereitzustellen, sie begrüßt die Absicht der Kommission, einen Vorschlag zur Verdopplung des Plafonds für die Hilfe im Rahmen der Beistandsfazilität der Union zur Zahlungsbilanzstützung auf 50 Mrd. Euro vorzulegen.
- **Erneuerte Lissabonstrategie:** In der derzeitigen Krise ist die erneuerte Lissabonstrategie, einschließlich der aktuellen integrierten Leitlinien, nach Auffassung der Staats- und Regierungschefs nach wie vor ein geeigneter Rahmen für die Förderung langfristig tragfähigen Wachstums und dauerhafter Beschäftigung. Der Europäische Rat verweist aber explizit auf die Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung des Binnenmarktes und seines rechtlichen Rahmens.
- **Bekämpfung der sozialen Auswirkungen der Finanzkrise:** Der Europäische Rat ist der Auffassung, dass zur Verringerung der negativen sozialen Auswirkungen der Krise auf Solidarität gesetzt werden soll. Es sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Systeme der sozialen Sicherung ihre Rolle als automatische Stabilisatoren umfassend erfüllen können. Ein für Mai 2009 anberaumter Beschäftigungsgipfel wird die Möglichkeit zu einem Austausch über diese und andere geplante Maßnahmen bieten. Insbesondere wird darüber nachgedacht werden, wie der Arbeitsmarkt zu stärken und umzustrukturieren ist, um ihn zukunftsfähiger zu machen.
- **Zusammenarbeit auf globaler Ebene:** Die Europäische Union wird sich auf globaler Ebene in führender Rolle für eine rasche Rückkehr zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum einsetzen ebenso wie für die Verbesserung der Fähigkeit der EU zum Krisenmanagement, für die Reform der Finanzmärkte und die Unterstützung der Entwicklungsländer. Dem Gipfel der G20 in London kommt laut Europäischem Rat eine entscheidende Rolle bei der Neugestaltung des globalen Finanzsystems und der Wiederherstellung des Vertrauens der Wirtschaftsteilnehmer in der ganzen Welt zu. Zu diesem Zweck nimmt der Europäische Rat einen gemeinsamen Standpunkt an und ersucht den Rat und die Kommission, dafür Sorge zu tragen, dass dem Gipfel entsprechende Maßnahmen folgen.

## Energie und Klimawandel

- **Verbesserung der Energiesicherheit der EU:** Der Europäische Rat billigt die in der Zweiten Überprüfung der Energiestrategie vorgeschlagenen umfangreichen Initiativen, die vom Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 19. Februar 2009 weiter ausgearbeitet wurden. Er stellt insbesondere folgendes fest:
  - Die Energieinfrastrukturen und –verbundnetze müssen weiter ausgebaut werden. Zu diesem Zweck wird die Kommission ersucht, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten rasch die notwendigen Einzelmaßnahmen für die in der Zweiten Überprüfung genannten prioritären Bereiche vorzulegen.
  - Die jüngste Gaskrise hat verdeutlicht, dass in der EU angemessene Krisenreaktionsmechanismen eingerichtet werden müssen.
  - Der Europäische Rat fordert den Rat auf, vor Ende des Jahres eine Einigung über die Vorschläge des Energieeffizienzpakets zu erzielen.
  - Der Europäische Rat fordert den Rat und das Europäische Parlament auf, noch vor dem Ende der Wahlperiode des Europäischen Parlaments eine Einigung über das dritte Paket für den Energiebinnenmarkt herbeizuführen.
  - Der Europäische Rat ersucht die Kommission, bis zum Jahresende Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Entwicklung des südeuropäischen Gas-transportkorridors einschließlich eines Plans zur Erleichterung des Zugangs zu kaspischem Gas vorzulegen.
- **Vorbereitung der Klimakonferenz in Kopenhagen:** Der Europäische Rat wird rechtzeitig vor der Kopenhagener Konferenz im Dezember 2009 Folgendes festlegen: 1) die Standpunkte der EU zu zentralen Konzepten für die Finanzierung der Folgenabschwächung, Anpassung, technischen Unterstützung und des Kapazitätenaufbaus, 2) die Einzelheiten des EU-Beitrags und 3) die Grundsätze der Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten. Dies wird auf der Grundlage von konkreten Vorschlägen der Kommission geschehen.

## Europäische Nachbarschaftspolitik

- **Östliche Partnerschaft:** Im Einklang mit der Mitteilung der Kommission vom 3. Dezember 2008 begrüßt der Europäische Rat die Einrichtung einer ambitionierten Östlichen Partnerschaft und nimmt eine diesbezügliche Erklärung an. Das Gipfeltreffen zur Eröffnung der Östlichen Partnerschaft mit den Partnerländern wird am 7. Mai 2009 stattfinden. Die Partnerschaft soll Stabilität und Wohlstand unter den östlichen Partnern der EU, an die sich die Europäische Nachbarschaftspolitik richtet, fördern.

## EU-USA-Beziehungen

- Der Europäische Rat wurde vom Vorsitz über den Stand der Vorbereitungen des informellen Gipfeltreffens zwischen der EU und den USA informiert, das am 5. April 2009 in Prag stattfinden wird. Insbesondere folgende Themen werden erörtert werden: Wirtschaftsfragen, Energieversorgungssicherheit, Klimawandel sowie das strategische Konzept für das Gebiet zwischen Mittelmeer und Kaspischem Meer.

Die Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel (19./20. März 2009) finden Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/09/1&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Den Leitfaden der Europäischen Kommission für den Umgang mit Risikoaktiva im EU-Bankensektor finden Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/322&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4

## Kommission verabschiedet zwei Verordnungen zur schrittweisen Abschaffung ineffizienter Glühlampen

Die Europäische Kommission hat am 18. März 2009 zwei Ökodesign-Verordnungen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Haushaltslampen sowie Produkten zur Beleuchtung von Büros, Straßen und Industrieanlagen angenommen. Zuvor hatten die VertreterInnen der Mitgliedstaaten in zwei Sitzungen des Ökodesign-Regelungsausschusses im Herbst 2008 die Verordnungsentwürfe der Kommission unterstützt. Daraufhin wurden die Entwürfe dem Europäischen Parlament zur Stellungnahme vorgelegt und schließlich von der Europäischen Kommission im Rahmen des Ausschussverfahrens angenommen.

Durch die beiden Verordnungen werden Anforderungen an die Energieeffizienz festgelegt, die bis 2020 zu Energieeinsparungen von circa 80TWh (das entspricht ungefähr dem Stromverbrauch Belgiens) sowie zu einer Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um jährlich 32 Mio. t führen werden. Die herkömmlichen Glühlampen und andere Leuchtmittel werden zwischen 2009 und 2012 schrittweise vom Markt genommen, um den Herstellern Gelegenheit zur Umstellung ihrer Produktion auf effiziente Alternativen zu geben. Schätzungen zufolge werden aufgrund dieser Verordnung jährlich 11 Mrd. Euro eingespart.

Diese Verordnungen sind lediglich zwei von mehreren in den kommenden Monaten zur Annahme anstehenden Ökodesign-Maßnahmen der Kommission, durch die viele

weitere Produkte wie Unterhaltungselektronik, Haushalts- und Heizgeräte erfasst werden.

Die oben genannten Verordnungen finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:339:0045:01:DE:HTML>

und

<http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?mode=dbl&lang=en&lng1=en,de&lng2=bg,cs,da,de,el,en,es,et,fi,fr,hu,it,lt,lv,mt,nl,pl,pt,ro,sk,sl,sv,&val=488159:cs&page=2&hwords=>

Weitere Informationen zum Thema Ökodesign finden Sie unter (nur auf Englisch verfügbar):

[http://ec.europa.eu/energy/efficiency/ecodesign/eco\\_design\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/efficiency/ecodesign/eco_design_en.htm)

Antworten auf häufig gestellte Fragen in Zusammenhang mit diesen Verordnungen finden Sie unter (nur auf Englisch verfügbar):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/113&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



# EuGH-Urteil C-169/07: Hartlauer Handelsgesellschaft mbH gegen Wiener Landesregierung und Oberösterreichische Landesregierung

## Sachverhalt:

Die Firma Hartlauer, Sitz in Deutschland, hatte bei der Wiener Landesregierung einen Antrag auf Erteilung einer Bewilligung zur Errichtung einer privaten Krankenanstalt in der Betriebsform eines selbständigen Ambulatoriums für Zahnheilkunde im 21. Wiener Bezirk gestellt. Dieser Antrag wurde mit Bescheid vom 29. August 2001 abgewiesen. Als Begründung wurde auf das Gutachten eines medizinischen Amtssachverständigen verwiesen. Die zahnmedizinische Versorgung sei in Wien hinreichend sichergestellt. Das Verhältnis von Einwohnerzahl zur Zahl der Zahnärzte sei 2.207 Einwohner pro Zahnarzt.

Mit Bescheid der Oberösterreichischen Landesregierung vom 20. September 2006 wurde aus ähnlichen Gründen der Antrag der Firma Hartlauer auf Erteilung der Errichtungsbewilligung für ein Zahnambulatorium in Wels abgewiesen. Als Begründung wurde das Kriterium der Wartezeit bis zur Erlangung eines Termins bei einem Leistungsanbieter angegeben.

Gegen beide Bescheide legte die Firma Hartlauer Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof (VwGH) ein. Beide Verfahren wurden vom VwGH verbunden.

Das Verfahren wurde ausgesetzt, um dem EuGH zwei Fragen zur Vorabentscheidung vorzulegen. Der EuGH hat das Vorabentscheidungsersuchen als zulässig erachtet.

## Entscheidung des EuGH:

Es wurde überprüft, warum Gruppenpraxen von den nationalen Bestimmungen ausgeschlossen sind und Ambulatorien nicht.

Dazu wurde festgestellt, dass sowohl in Gruppenpraxen als auch in Zahnambulatorien etwa gleich viele Ärzte beschäftigt sein können. Es werden in beiden Formen die gleichen Leistungen angeboten und sie unterliegen denselben Marktbedingungen. Die in Rede stehenden Systeme sind nicht geeignet, der Ausübung des Ermessens durch die nationalen Behörden Grenzen zu setzen.

## Der EuGH hat nun zu Recht erkannt:

Nationalen Rechtsvorschriften, wie den im Ausgangsverfahren fraglichen, wonach für die Errichtung einer privaten Krankenanstalt in der Betriebsform eines selbständigen Ambulatoriums für Zahnheilkunde eine Bewilligung erforderlich ist, und dieser Bewilligung, wenn angesichts des bereits bestehenden Versorgungsangebots durch Kasernenvertragsärzte kein die Errichtung einer solchen Anstalt rechtfertigender Bedarf besteht, zu versagen ist, steht Art 43 EG in Verbindung mit Art 48 EG entgegen, sofern sie nicht auch Gruppenpraxen einem solchen System unterwerfen und sofern sie nicht auf einer Bedingung beruhen, die geeignet ist, der Ausübung des Ermessens durch die nationalen Behörden hinreichende Grenzen zu setzen.

Das Urteil ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurftp=jurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf>

5

## Kohäsionspolitik unterstützt "grüne Wirtschaft" im Interesse von Wachstum und Langzeitbeschäftigung in Europa

Am 09. März 2009 hat die für die EU-Regionalpolitik zuständige Kommissarin Danuta Hübner erklärt, dass die EU beabsichtigt, mit Hilfe ihrer Kohäsionspolitik €105 Mrd. in die „grüne Wirtschaft“ zu investieren. Das sind mehr als 30% der für den Zeitrahmen 2007-2013 für die Regionalpolitik vorgesehenen Haushaltsmittel.

Ziel ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die nachhaltige Förderung von Regionen und Städten und die Stärkung der

Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig sollen mit dieser Maßnahme Langzeitbeschäftigung geschaffen und die lokale Wirtschaft belebt werden.

Für Österreich bedeutet dies, dass insgesamt € 99 Mio. für folgende Kategorien zur Verfügung stehen:

- |                           |                |
|---------------------------|----------------|
| ■ Eco-Innovation* in KMUs | € 31.209.693,- |
| ■ Schienenverkehr         | € 3.000.000,-  |

|                                               |                       |
|-----------------------------------------------|-----------------------|
| ■ Erneuerbare Energien                        | € 24.237.408,-        |
| ■ Energieeffizienz, Energiemanagement         | € 5.956.013,-         |
| ■ Risikoverhütung                             | € 9.074.950,-         |
| ■ Förderung der Artenvielfalt und Naturschutz | € 175.000,-           |
| ■ Städtische und ländliche Wiederbelebung     | € 20.790.928,-        |
| ■ Anderes                                     | € 4.558.808,-         |
| <b>Gesamtsumme</b>                            | <b>€ 99.002.800,-</b> |

Für grenzüberschreitende Projekte stehen den Mitgliedstaaten noch einmal rund € 2,7 Mrd. zur Verfügung. Bevor die Europäische Kommission ihre Zustimmung erteilt, müssen die Mitgliedstaaten eine strategische Umweltprüfung vorlegen. Damit wird sichergestellt, dass ihre Programme den EU-Umweltvorschriften entsprechen. Für bestimmte gemeinschaftsfinanzierte Programme muss auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden. Die betrifft z.B. große Verkehrsprojekte.

Nähere Informationen erhalten Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=P/09/369&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kontaktperson für Salzburg in der GD REGIO ist:  
Herr Klaus Luetzenkirchen  
Programm Manager – Österreich (Tirol, Salzburg, Oberösterreich)  
GD REGIO, Abteilung F4  
T: +32 2 296 59 02  
E: [klaus.luetzenkirchen@ec.europa.eu](mailto:klaus.luetzenkirchen@ec.europa.eu)

\*Eco-Innovation sind alle Formen von Innovationen, die, wie neue Produkte und Dienstleistungen, Produktionsprozesse, Geschäftsmethoden, mit Umweltschutz zu tun haben.

6

## IMI-Netzwerk und Dienstleistungsrichtlinie

Der Dienstleistungssektor erwirtschaftet rund 70 % des BIP der Europäischen Union. Rund 70 % der Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungsbereich, 95 % der neu geschaffenen Arbeitsplätze befinden sich in diesem Sektor. Jedoch werden noch nicht alle Dienstleistungen von der Dienstleistungsrichtlinie (DL-RL) erfasst.

Die DL-RL 2006/123/EG kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32006L0123:DE:NOT>

IMI steht für Internes Markt-Informationssystem, dabei handelt es sich um ein mehrsprachiges, elektronisches Instrument, das die Kommunikation zwischen den öffentlichen Verwaltungen und Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten erleichtern soll. Durch den Einsatz von IMI werden formelle Hindernisse schneller überwunden, Daten und Informationen können rascher ausgetauscht werden. Ein weiterer Vorteil ist die einheitliche Arbeitsmethode.

Eine Erhebung ergab, dass mit IMI 10% der Anfragen noch am selben Tag und 75% binnen 15 Tagen beantwortet werden können.

Bei dem Probelauf des Systems im Jahr 2008 wurden vier Berufsgruppen berücksichtigt: Ärzte, Pharmazeuten, Wirtschaftsprüfer und Physiotherapeuten. Im Jänner 2009 wurde das daran anschließende Pilotprojekt mit elf Berufsgruppen gestartet. Alle in den Mitgliedstaaten gelegenen Behörden, die mit Dienstleistungen zu tun haben, müssen sich hierfür registrieren lassen. Drei Branchen sind betroffen: Baugewerbe, Gastronomie und Immobilien. Entscheidender Faktor für den Erfolg von IMI werden die zur Verfügung stehenden Human-Ressourcen sein: Das System kann nur funktionieren, wenn die einzelnen Mitgliedstaaten ausreichend Geldmittel und Personal zur Verfügung stellen. Wichtig wird auch die Schulung und Sensibilisierung aller zuständigen Mitarbeiter/innen sein.

Für Europa kann IMI zu einer Art „Facebook“ werden: In zweiter Generation wären auch Videos und Bilder verfügbar.

Das System bietet die Möglichkeiten zum Aufbau einer Verwaltungsgemeinschaft innerhalb Europas.

Mehr Informationen zu IMI finden Sie unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/imi-net/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/internal_market/imi-net/index_de.html)

## Folgen des Klimawandels für die Ressourcen Land und Wasser

Nach einer von der Münchener Rückversicherung in Auftrag gegebenen Studie stiegen die Kosten aus Schäden, die durch den Klimawandel verursacht wurden, in den letzten

Jahren stark an. Für den Zeitraum bis Mitte dieses Jahrhunderts wird erwartet, dass die jährlichen Verluste mindestens 5% des weltweiten Wachstums ausmachen. Die

jährliche Schadenssumme beläuft sich derzeit etwa € 1.630 Milliarden.

Auszüge aus der Studie finden Sie unter folgendem Link:

[http://www.munichre.com/de/ts/geo\\_risks/climate\\_change\\_and\\_insurance/the\\_economic\\_sector\\_and\\_climate\\_change/default.aspx](http://www.munichre.com/de/ts/geo_risks/climate_change_and_insurance/the_economic_sector_and_climate_change/default.aspx)

Der Klimawandel hat lokale und globale Auswirkungen, die nicht nur an der Erdoberfläche sichtbar sind, sondern bis ins Grundwasser reichen. So sterben weltweit jährlich tausende Menschen an verschmutztem Wasser, aufgrund von Wassermangel oder bei Überflutungen.

Neuesten Prognosen zur Folge soll der Meeresspiegel bis zum Jahr 2050 um etwa 40cm steigen. Für das Jahr 2100 wird erwartet, dass der Meeresspiegel zwischen 65cm und 1,30m über den derzeitigen Stand ansteigen wird.

Stiege der Meeresspiegel tatsächlich um 40cm an, würde die Hälfte der Landfläche der Niederlande im Meer versinken. Eine solche Entwicklung hätte Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft. Ganze Flüsse und ihre Einzugsgebiete würden versalzen. Dabei sind Flüsse eine wichtige Trinkwasserquelle nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in vielen anderen Staaten. Auf den dann versalzten Wiesen wäre keine Landwirtschaft mehr möglich.

Bereits heute werden für den Überflutungsschutz in Küstenregionen Barrieren im Meer errichtet, die bei Stürmen geschlossen werden, um die Küstengebiete vor Überschwemmungen zu schützen. Flüsse sind jedoch nicht nur Trinkwasserreservoirs, sie bieten auch wichtige Transportverbindungen.

Werden z.B. bei Stürmen die Überflutungsbarrieren zum offenen Meer hin geschlossen, sinkt der Flusspegel und die Binnenschifffahrt kommt zum Erliegen, der wirtschaftliche Schaden ist dann enorm.

Folge des Klimawandels sind neben Überschwemmungen und Überflutungen steigende Temperaturen. Bereits jetzt fordern Wärmeperioden mit Temperaturen von über +30°C jährlich mehrere tausend Hitzetote. Waldbrände treten derzeit häufiger auf als früher und verursachen enorme Schäden an Flora und Fauna; darüber hinaus sind immer wieder Todesopfer zu beklagen.

Aufgrund der knapper werdenden Ressourcen Wasser und (unbewohnbar gewordenen) Land sind Konflikte möglich.

Der Kostenfaktor spielt eine wichtige Rolle: Wird nicht umgehend etwas gegen den Klimawandel unternommen, steigen die Kosten in den nächsten Jahren um ein Vielfaches. Die EK hat den Kampf gegen den Klimawandel zum vorrangigen Ziel erklärt.

Informationen dazu sind unter folgendem Link abrufbar:

[http://ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/index_en.htm)

Weitere Initiativen gegen den Klimawandel können unter folgenden Links abgerufen werden.

UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change):

<http://unfccc.int/2860.php>

UNECE ist eine von fünf regionalen Kommissionen der UN:

<http://www.unece.org/>

CPWC verbindet seit 2001 das Thema „Klimawandel“ mit dem Sektor „Wasser“.

<http://www.waterandclimate.org/>

## Zukunft der Arbeitsplätze und Wachstum der EU

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union befinden sich derzeit in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise. Täglich gehen Arbeitsplätze verloren. Um den Wirtschaftsmotor wieder anlaufen zu lassen, sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission Ende November 2008 ihre an den Europäischen Rat gerichtete Mitteilung zu einem Europäischen Konjunkturprogramm [KOM(2008) 800 endgültig] veröffentlicht.

Darin formuliert sie u.a. folgende Ziele:

- Schnelles Ankurbeln der Nachfrage und Stärkung des Verbrauchervertrauens;
- Abfederung der Auswirkungen des Konjunkturrückgangs auf die Menschen;
- Beschleunigte Veränderung hin zu einer Wirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Das Europäische Konjunkturprogramm finden Sie unter folgendem Link:

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/pdf/press\\_20081216\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/press_20081216_de.pdf)

Am 05. März 2009 hat die Europäische Zentralbank den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems auf 1,50% gesenkt. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird auf 2,50% und für die Einlagefazilität auf 0,50% gesenkt.

Informationen dazu erhalten Sie unter:

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2009/html/pr090305.de.html>

Eine wichtige Rolle zur Konjunkturbelebung wird die Europäische Investitionsbank (EIB) spielen. Sie nimmt auf den Kapitalmärkten umfangreiche Mittel auf, die sie zu günstigen

Konditionen für Projekte bereitstellt, die zur Erreichung der politischen Ziele der EU beitragen.

Im Dezember 2008 wurden zur Bewältigung der Krise weitere Maßnahmen genehmigt. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wurde ein Investitionsvolumen in Höhe von €14 Milliarden bereitgestellt. Für den Bereich „Umwelt, Klimawandel und Infrastruktur einschließlich Verkehr“ stehen zusätzliche € 36 Milliarden für die Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung.

Mehr Informationen erhalten Sie unter:

<http://www.eib.org/about/index.htm>

## Tourismus-Agenda und Nachhaltigkeit

Etwa 4 % des BIP der EU werden von der Tourismusbranche erwirtschaftet. Werden auch die sich daraus ergebenden indirekten Vorteile miteinbezogen, beträgt der Anteil am BIP der EU über 10 %. Das wirtschaftliche Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten kann zu einem großen Teil dem Tourismus zugeordnet werden. Auch außerhalb Europas hat der Tourismus hohe Bedeutung für das wirtschaftliche Leben. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die negativen Auswirkungen auf die Umwelt abgefedert werden, das Stichwort hierfür heißt „Nachhaltigkeit“. Doch nicht nur die Umwelt ist vom Tourismus betroffen, auch Land- und Forstwirtschaft und der Fischereisektor spüren die Auswirkungen des Tourismus.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels gewinnt die Förderung der Nachhaltigkeit an Bedeutung. Die Zufriedenheit der Urlaubsgäste, die Belange der natürlichen und kulturellen Umwelt wie auch der Ausbau und die Wettbewerbsfähigkeit von Reisezielen wollen zueinander ins Gleichgewicht gebracht werden.

Die Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Tourismus [KOM(2007) 621 endgültig] kann unter folgendem Link abgerufen werden:

[http://ec.europa.eu/enterprise/tourism/docs/communications/com2007\\_062101\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/tourism/docs/communications/com2007_062101_de.pdf)

Erste Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise machen sich nun auch im Bereich Tourismus bemerkbar: Bu-

chungen für Konferenzen fallen aus, Veranstaltungen müssen aufgrund zu geringer Teilnehmerzahlen abgesagt werden.

Eine im Februar 2009 in den 27 EU-Mitgliedstaaten zum Thema Urlaubspläne 2009 durchgeführte Befragung erbrachte folgende Ergebnisse:

- 48% der EU-Bürger/innen wollen Urlaub im eigenen Land machen,
- vier von zehn Bürger/innen werden und können sich einen Urlaub leisten,
- 33% der Europäer/innen achten auf Qualität und angemessenen Preis. Nur 16% werden einen Billigurlaub buchen,
- Individualreisen werden bevorzugt (56%),
- beliebtestes Reiseziel ist Spanien mit 14%; auf den Plätzen zwei und drei folgen Italien (11,9%) und Frankreich (11,1%),
- für 31% der Befragten ist die Attraktivität des Ortes für die Wahl des Urlaubszieles ausschlaggebend.

Die gesamte Befragung ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=P/09/450&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## Europäisches Parlament stellt Kampagne zur Europawahl vor

Das Europäische Parlament hat am 17. März 2009 seine Kampagne zur Europawahl 2009 präsentiert.

Durch die Kampagne, die unter dem Motto „Deine Entscheidung“ steht, soll deutlich werden, dass die Wählerinnen

und Wähler unmittelbar darüber entscheiden können, welche politische Richtung die EU nimmt und wie etwa die Energiepolitik oder die Einwanderungspolitik der Zukunft aussehen soll.



Am 17. März wurden die Bestandteile der Kampagne vorgestellt, mit der in den kommenden Wochen die EU-BürgerInnen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament (4. bis 7. Juni 2009, am 7. Juni in Österreich) und die europäischen Zukunftsthemen aufmerksam gemacht werden sollen:

- Plakate zu Themen wie: Finanzmärkte bändigen – aber wie? Mobilität sichern – aber wie? In die Zukunft investieren – aber wie? Verbraucher schützen – aber wie? Wie offen sollen unsere Gesetze sein? oder: Wie soll die Energie der Zukunft aussehen?
- 3D-Installationen im Freien, die die Plakate ergänzen sollen, zu Motiven wie: Wie offen sollen unsere Gesetze sein? oder: Verbraucher schützen – aber wie?
- Europaboxen („Choice Boxes“), Multimedia-Boxen, in denen die Wählerinnen und Wähler ihre Ansichten zu

unterschiedlichen Themen äußern können: Eine Auswahl wird auf Leinwänden direkt neben der Box aufgezeigt, zudem auf Leinwänden in Brüssel sowie auf den Internetseiten EuroparlTV und YouTube.

- TV- und Radio-Spots

*Die speziell zu den Europawahlen eröffnete Internetseite des EP:*

<http://www.euoparl.europa.eu/elections2009/default.htm?language=DE>

Die Nutzung "sozialer Medien" wie MySpace, Facebook, Flickr und EU Tube

## **Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, und AdR-Präsident, Luc Van den Brande, rufen zur Beteiligung an den Europawahlen im Juni 2009 auf**

9

Luc Van den Brande, Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR), hat gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, die VertreterInnen der lokalen und regionalen Ebene aus der gesamten EU dazu aufgerufen, ihre Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an den Europawahlen im Juni 2009 zu motivieren.

In einem von beiden Präsidenten unterzeichneten offenen Brief betonen Van den Brande und Pöttering die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen, bei denen vom 4. bis 7. Juni 375 Millionen Menschen – davon 36 Millionen Erstwähler – aufgerufen sind, zu wählen.

Dieser Brief wurde an die Vorsitzenden der nationalen Verbände der Regionen und Kommunen aller Mitgliedstaaten gesandt, so dass diese ihn an alle gewählten regionalen und lokalen PolitikerInnen weiterleiten können. Das Ziel liegt darin, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu ermutigen, ihre BürgerInnen besser über Europa zu informieren, zum Beispiel durch lokale Informationsveranstaltungen mit AdR-Mitgliedern, Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder zur Wahl stehenden KandidatInnen, aber auch durch die Aufnahme einer Rubrik zu den Europawahlen in ihr Internetportal.

*Auf der AdR-Webseite kann der Brief aufgerufen werden unter:*

<http://www.cor.europa.eu/pages/ElectionDetailTemplate.aspx?view=folder&id=84a88660-6262-4454-8c0a-232b2c32b348&sm=84a88660-6262-4454-8c0a-232b2c32b348>

Außerdem hat der AdR eine Reihe kurzer Videointerviews mit regionalen EntscheidungsträgerInnen aus allen Mitgliedstaaten durchgeführt, in denen die Bedeutung Europas ebenso erklärt wird wie der Grund, warum es wichtig ist, dass die Wahlberechtigten im Juni 2009 ihre Stimme abgeben. Auf der Webseite des AdR können diese Videos in der Rubrik zu den Wahlen kostenlos angesehen und heruntergeladen werden.

Regionen, Städte und die Verbände lokaler und regionaler Gebietskörperschaften werden außerdem ermutigt, eigene Rubriken zu den Wahlen zum Europäischen Parlament in ihr Internetportal aufzunehmen und diese mit der Rubrik zu den Wahlen auf der AdR-Webseite zu verlinken, die zu allen Mitgliedstaaten separate Unterrubriken enthält.

*Siehe dazu:*

<http://www.cor.europa.eu/pages/ElectionTemplate.aspx>

### *Zum Ausschuss der Regionen:*

Rund zwei Drittel der Rechtsakte der Europäischen Union werden von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Mitgliedstaaten umgesetzt. Der Ausschuss der Regionen wurde 1994 mit dem Ziel eingerichtet, VertreterInnen der nachgeordneten Gebietskörperschaften ein Mitspracherecht zum Inhalt dieser Rechtsvorschriften zu geben. Der AdR veranstaltet jährlich fünf Plenartagungen, auf denen seine 344 Mitglieder Stellungnahmen verabschieden, die als Antwort auf Legislativvorschläge erstellt werden. Die Europäische Kommission, die das Initiativrecht innehat, und der Rat der Europäischen Union, der den end-

gültigen Inhalt der Rechtsakte beschließt (in der Regel gemeinsam mit dem Europäischen Parlament), sind verpflichtet, den AdR in zahlreichen Politikbereichen einschließlich Umwelt, Beschäftigung und Verkehr anzuhören. Der Vertrag von Lissabon wird den Ausschuss der Regionen weiter stärken. Künftig muss er vom Europäischen Parlament zu allen für Regionen und Kommunen wichtigen Themen gehört werden. Er kann auch den Europäischen Gerichtshof anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden oder er der Auffassung ist, dass ein Rechtsakt der EU gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. regionale oder lokale Kompetenzen missachtet.

Für Österreich sind alle 9 Bundesländer sowie 3 Mitglieder des Städte- bzw. Gemeindebundes im AdR vertreten. Für

das Bundesland Salzburg ist Landeshauptfrau Gabi Burgstaller seit 26. Jänner 2006 Mitglied im Ausschuss der Regionen. Die Mandatsperiode ist bis 2010 vorgesehen. Landeshauptmann a. D. Franz Schausberger ist ständiger Stellvertreter im EU-Regionalgremium.

*Siehe dazu folgenden Artikel in der Landeskorrespondenz:*

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=35980>

*Weitere Informationen zum AdR finden Sie im Internet unter:*

[www.cor.europa.eu](http://www.cor.europa.eu)

## **Eurobarometer-Umfrage: Der Einfluss lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in der EU**

Im Februar 2009 ist ein Spezial-Eurobarometer zum Thema „Rolle und Einfluss lokaler und regionaler Gebietskörperschaften innerhalb der Europäischen Union“ veröffentlicht worden. Mit der Umfrage, die im Oktober und November 2008 durchgeführt wurde, sollte herausgefunden werden, welche Bedeutung die öffentlichen Behörden auf den verschiedenen politischen Ebenen für die BürgerInnen der EU haben und wie bekannt der Ausschuss der Regionen ist.

Die Umfrage ist in sechs Blöcke unterteilt. Der erste beinhaltet den Einfluss öffentlicher Behörden auf die Lebensbedingungen der Menschen. Aus den Antworten der Befragten ist zu schließen, dass, ihrer Ansicht nach die nationalen Behörden den größten Einfluss haben, dicht gefolgt von den regionalen/ lokalen Behörden. Der Einfluss der europäischen Ebene wird eher gering eingeschätzt. Dies entspricht auch ungefähr der Meinung der österreichischen BürgerInnen, wobei hier die nationale und die regionale Ebene gleichauf sind. Die Personen, die der regionalen Ebene die größte Einflussnahme zuschreiben, sind überwiegend Hausfrauen bzw. -männer oder Personen, die die Schule früh verlassen haben.

Der zweite Teil handelt vom Vertrauen in die verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden. Für die österreichische Bevölkerung ist das Vertrauen in die regionalen Behörden am größten, gefolgt von der nationalen Regierung und der Europäischen Union. Es zeigt sich zudem, dass in Ländern wie Österreich, in denen das Vertrauen in die regionalen Behörden am größten ist, auch ein großer Teil der Bevölkerung der Ansicht ist, diese Ebene habe den größten Einfluss auf die Lebensbedingungen der BürgerInnen. Darüber hinaus haben die Menschen auf dem Land mehr Vertrauen in die regionalen Behörden, als StadtbewohnerInnen.

Der dritte Block beschäftigt sich mit der Stellung regionaler und lokaler Behörden und deren Einbeziehung in den eu-

ropäischen Entscheidungsprozess. Mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen sind der Auffassung, die regionalen Behörden würden nicht ausreichend involviert. In diesem Zusammenhang lässt sich zudem ein großes Informationsdefizit hinsichtlich der Rolle der regionalen Behörden erkennen, das besonders bei Hausfrauen und -männern, sowie bei jungen Menschen sehr groß ist.

Teil vier der Umfrage thematisiert die Bewertung der verschiedenen politischen VertreterInnen in der EU. Konkret geht es um deren Geeignetheit, die Interessen der BürgerInnen auf europäischer Ebene zu vertreten und den Einfluss der Europapolitik auf das Leben der BürgerInnen zu erklären. In Österreich stehen bei beiden Teilfragen die PolitikerInnen auf nationalstaatlicher Ebene an erster Stelle. Danach kommen die Regional- und EuropapolitikerInnen. Auch hier lässt sich wieder ein Zusammenhang feststellen. Diejenigen, die meinen, die regionale Ebene habe den größten Einfluss, sehen überwiegend auch die politischen VertreterInnen dieser Ebene als am besten geeignet an.

Im fünften Block geht es um die Bekanntheit des Ausschusses der Regionen (AdR), der als die am wenigsten bekannte EU-Institution gilt. Eine relative Mehrheit der ÖsterreicherInnen hat überhaupt noch nie davon gehört. Auf diese folgt die Gruppe derjenigen, die den Begriff „Ausschuss der Regionen“ zwar schon gehört haben, aber mit dessen Rolle nicht vertraut sind. Eine interessante Erkenntnis ist die Tatsache, dass die EuropäerInnen, die in der regionalen Ebene die größte Einflussmöglichkeit sehen, nicht unbedingt vertrauter mit dem AdR sind als andere. Besonders bekannt ist der Ausschuss der Regionen unter Selbständigen und leitenden Angestellten. Dieses Ergebnis hebt die Bedeutung des Bildungsniveaus hervor.

Der letzte Teil der Umfrage behandelt den Wunsch von Seiten der Bevölkerung nach mehr Informationen über den

AdR, sowohl über dessen genaue Rolle als auch über dessen VertreterInnen. Eine relative Mehrheit der ÖsterreicherInnen möchte bis zu einem gewissen Grad über beide Themen informiert werden.

Daran schließen sich diejenigen an, die nicht wirklich informiert werden wollen, gefolgt von denen, die sicher Informationen bekommen wollen und denen, die sicher keine Informationen haben wollen. Wer mit dem AdR eher vertraut ist, möchte auch mehr Informationen darüber erhalten. Bei Personen, die derartige Informationen nötig hätten, ist dieser Wunsch aber gering.

Weitere Informationen:

*Eurobarometer (dt. Version):*

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_307\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_307_de.pdf)

*Anhang (engl. Version):*

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_307\\_anx.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_307_anx.pdf)

## Koordiniertes Vorgehen der EU kann soziale Folgen der Krise mildern

Der diesjährige gemeinsame Bericht der EU über Sozialchutz und soziale Eingliederung konzentriert sich auf den Beitrag der Sozialpolitik zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und auf die neuen Strategien der Mitgliedstaaten, mit denen die gemeinsamen sozialen Ziele der EU realisiert werden sollen. Diese nationalen Strategien wurden im Herbst 2008 von den Mitgliedstaaten als Teil der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Soziales vorgestellt und werden im Bericht im Rahmen von 27 Länderprofilen bewertet. Die „offene Methode der Koordinierung im Bereich Soziales“ stellt eine Parallelmaßnahme zu den Strategien für Wachstum und Beschäftigung dar. Außerdem enthält der Bericht ein begleitendes Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen. Er wird den Staats- und Regierungschefs der EU vorgelegt und in die Schlussfolgerungen der Frühjahrstagung des Europäischen Rates am 19. und 20. März einfließen.

Der Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit Vladimír Špidla sieht Solidarität als gemeinsamen europäischen Wert an und möchte hinsichtlich der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise ein Doppelziel verfolgen. Zum einen soll Ausgrenzung vermieden und zum anderen sollen besonders gefährdete Gruppen geschützt werden. Kurzfristig müssen, seiner Ansicht nach, die Einkommen der Haushalte gesichert, Arbeitsplätze erhalten und Langzeitarbeitslosigkeit vorgebeugt werden.

**Im Bericht werden konkret folgende Aspekte und Anstrengungen in den Vordergrund gestellt:**

- Die Koordinierung der Sozialpolitik auf EU-Ebene kann die Folgen der Krise abfedern, wenn die langfristigen

Reformen um kurzfristige Maßnahmen ergänzt werden.

- Die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds sollen ziemlich bald voll ausgeschöpft werden.
- Umfassende Strategien zur aktiven Eingliederung, die integrative Arbeitsmärkte, den Zugang zu Dienstleistungen und ein angemessenes Mindesteinkommen zum Ziel haben, müssen so bald wie möglich umgesetzt werden.
- Das Lissabon-Ziel, eine Beschäftigungsquote von 50% für ältere Arbeitnehmer zu erreichen, soll weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden.
- Die Mitgliedstaaten sollen die für ihre Gesundheitsversorgung aufgebrauchten finanziellen Mittel effizienter einsetzen und Ungleichheiten verringern. Besonders eine Grundversorgung und Prävention sollen hier im Vordergrund stehen.
- Die Mitgliedstaaten sollen sich zudem weiterhin auf die Einführung bzw. Stärkung von Systemen für qualitativ hochwertige Langzeitpflege engagieren.
- Besondere Anstrengungen sind für die Verringerung der Armut notwendig. Dies wird durch das Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 nochmals betont. Hier sind besonders die Bekämpfung der Kinderarmut und die Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Gruppen, wie Obdachlose und Roma, hervorzuheben.

*Der gemeinsame Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2009, das begleitende Arbeitspapier und die Länderprofile sind zu finden unter:*

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/spsi/joint\\_reports\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/joint_reports_de.htm)

## Überarbeitung der EU-Vorschriften für Kosmetika

Am 24. März 2009 hat das Europäische Parlament dem mit dem Ministerrat ausgehandelten Kompromiss zur neuen

Kosmetik-Verordnung zugestimmt. Somit konnte das diesbezügliche Gesetzgebungsverfahren in erster Lesung abge-

geschlossen werden. Durch die Aktualisierung soll das derzeitige Kosmetikrecht der EU, das seit 1976 viele Änderungen erfahren hat, vereinfacht werden. Hauptziel der neuen Verordnung ist die Gewährleistung eines hohen Maßes an Sicherheit von kosmetischen Mitteln durch eine Stärkung der Verantwortung der Hersteller sowie durch Marktüberwachung. Auch die Reduzierung unnötigen Verwaltungsaufwands wird angestrebt. An den geltenden Bestimmungen über das Verbot und das Auslaufen von Tierversuchen für kosmetische Mittel bis 2009/2013 ändert sich nichts.

Die Verordnung, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar ist, wird 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Sie wird 42 Monate später anzuwenden sein, mit Ausnahme von einigen Bestimmungen über k/e/f-Substanzen (Substanzen, die als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden) und Nanomaterialien, die schon etwas früher anwendbar sind.

Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0158+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Den diesbezüglichen Kommissionsvorschlag finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0049:FIN:DE:PDF>

## Höhere Steuern auf Tabakprodukte

Das Europäische Parlament hat am 24. März 2009 im Rahmen des Konsultationsverfahrens dem Kommissionsvorschlag zur Änderung der geltenden EU-Rechtsvorschriften über Verbrauchsteuern für Tabak zugestimmt. Der Richtlinienentwurf sieht eine schrittweise Erhöhung der Mindestverbrauchsteuersätze der EU für Zigaretten und Feinschnitttabak bis 2014 vor. Ferner werden die Begriffsbestimmungen für einige Arten von Tabakwaren aktualisiert.

Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, auf Schachteln mit 20 Zigaretten ab 2014 mindestens 1,5 € Steuern zu erheben. Die Mindestverbrauchsteuern für Feinschnitttabak für selbstgedrehte Zigaretten sollen an den Mindestansatz für Zigaretten angepasst werden.

Die EU-Kommission hat die schrittweise Erhöhung der Mindeststeuern für 2010 und 2014 vorgesehen. Das EP möchte

den Mitgliedstaaten mehr Zeit lassen: Die Anhebung soll erst 2012 beginnen, der zweite Schritt soll dann wie vorgeschlagen 2014 erfolgen.

Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0160+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Den diesbezüglichen Kommissionsvorschlag finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0459:FIN:DE:PDF>

## Mehrsprachigkeit fördern

Am 24. März 2009 haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments einen Initiativbericht zum Thema Mehrsprachigkeit in der EU angenommen. Das Erlernen von Fremdsprachen hat für die Abgeordneten herausragende Bedeutung, sowohl für die persönliche Bildung und Ausbildung als auch für die Integration von Einwanderern in ihr Aufenthaltsland.

Die Verwendung von Untertiteln in Fernsehsendungen werde das Erlernen und die Anwendung von EU-Sprachen erleichtern, so die Auffassung der EU-Abgeordneten.

Nachdrücklich begrüßt das EP in diesem Zusammenhang auch den Vorschlag der EU-Kommission, das Konzept "Muttersprache + 2" im Bildungsbereich zu fördern.

In Bezug auf die sprachliche Integration von Einwanderern unterstreichen die Parlamentarier die Dringlichkeit, dass die

Mitgliedstaaten den Einwanderern und ihren Familien die notwendigen Mittel zum Erlernen der Sprache und Kultur des Gastlandes bereitstellen, ihnen jedoch die Beibehaltung ihrer eigenen Sprache ermöglichen und sie dazu ermutigen.

Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0162+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Konzept "Muttersprache + 2" finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0554:FIN:DE:PDF>



# Schärferes Vorgehen gegen Genitalverstümmlung

In einem am 24. März 2009 angenommenen Initiativbericht appellieren die EU-Abgeordneten an die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten, die Genitalbeschneidung bei Frauen offiziell zu verbieten und strafrechtlich zu verfolgen.

Das Europäische Parlament möchte die bisherigen Maßnahmen und Beschlüsse gegen Genitalverstümmlung bei Frauen bündeln und erweitern. Es fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine umfassende und eindeutige Strategie sowie Aktionspläne ins Leben zu rufen. Die

EU versucht schon seit vielen Jahren gegen die Genitalverstümmlung vorzugehen, vor allem durch Präventions- und Aufklärungsarbeit, hauptsächlich im Rahmen des Förderprogramm DAPHNE III.

*Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0161+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Bericht der Kommission über das weltweite Drogenproblem in den letzten zehn Jahren

13

Die Europäische Kommission hat am 10. März 2009 einen Bericht über die weltweiten illegalen Drogenmärkte seit 1998 veröffentlicht. Demnach wurden die Drogenbekämpfungsmaßnahmen in den letzten zehn Jahren verstärkt und die strafrechtlichen Sanktionen gegen Drogenhändler verschärft. Der gesamte Bericht stützt sich auf eine Studie, aus der aber keine Hinweise für eine Verringerung des weltweiten Drogenproblems zwischen 1998 und 2007 hervorgehen. Die Situation hat sich in ein paar reicheren Ländern etwas gebessert, während sie sich in Entwicklungs- und Schwellenländern stark verschlechtert hat. Insgesamt ist das weltweite Drogenproblem heute ungefähr auf dem gleichen Stand wie 1998. In den meisten westlichen Ländern sind die Preise für Drogen gefallen, obwohl der Handel mit Drogen strenger bestraft wird. Es gibt auch keinen Anhaltspunkt für erhöhte Schwierigkeiten beim Erwerb von Drogen. Zudem ist es für die meisten westlichen Jugendlichen normal, Cannabis zumindest einmal zu probieren.

Die UN-Suchtstoffkommission (CND) sieht Handlungsbedarf und möchte die Politische Erklärung zum weltweiten Drogenproblem, die bei einer Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Drogenproblem 1998 verabschiedet wurde, so schnell wie möglich umset-

zen. Ziel der Erklärung war die Verringerung des weltweiten Drogenproblems. Auch der EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Jacques Barrot betont, dass das Drogenproblem nun endlich angepackt werden muss und man sich nicht auf die Festlegung von Zielen beschränken darf.

Absicht der dem Bericht zu Grunde liegenden Studie war eine realistische Einschätzung des illegalen Drogenmarktes anhand der jährlich erwirtschafteten Einnahmen. Eine solche Schätzung stellt sich als äußerst schwierig dar, weil verlässliche Daten zu diesem Thema fehlen. Trotzdem konnten die Gesamteinnahmen in Westeuropa, USA und Ozeanien geschätzt werden, die bei Cannabis im Jahr 2005 circa 70 Mrd. EUR betragen. Zudem kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass unter den Drogenhändlern nur eine kleine Minderheit erhebliche Gewinne erzielt. Darüber mangelt es an einem weltweiten System zur Datenerhebung zum Drogenproblem. Dies wird auch in Zukunft schwer zu realisieren sein, auch wenn die Europäische Union bereits viel Geld in den Ausbau der Drogenüberwachung investiert hat.

*Der Bericht ist zu finden unter:*

[http://ec.europa.eu/justice\\_home/doc\\_centre/drugs/doc\\_drugs\\_intro\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/drugs/doc_drugs_intro_de.htm)

## Klimawandel: Kommission unterstreicht die Bedeutung der Böden

Aus einem von der Kommission veröffentlichten Bericht geht hervor, dass Böden für den Klimaschutz von immenser Bedeutung sind. Demnach ist die in den Böden gebundene Kohlenstoffmenge zweimal so groß wie in der Atmosphäre. Der Bericht stellt das Ergebnis der Konferenz der Kommission zu Bodenbewirtschaftung und Klimawandel vom Juni 2008 dar und enthält eine Zusammenfassung der besten verfügbaren Informationen über den Zusammenhang zwischen den Böden und dem Klimawandel. Er be-

tont zudem die Notwendigkeit, die Böden zu schützen, indem der in ihnen befindliche Kohlenstoff gebunden wird. In diesem Zusammenhang kann schlechte Bodenbewirtschaftung massive Folgen haben, da es beispielsweise bei der Trockenlegung von Torfmooren zur Freisetzung des Kohlenstoffs kommt. Werden die Böden aber richtig bewirtschaftet, können sie große Mengen an Kohlenstoff aus der Atmosphäre aufnehmen, sagt Umweltkommissar Stavros Dimas. Er ist zudem der Ansicht, dass für einen besseren

Schutz der Böden ein koordiniertes Vorgehen von Seiten der EU notwendig ist.

Die Böden in Europa enthalten ungefähr 73 bis 79 Tonnen Kohlenstoff, wobei fast 50 % in den Torfmooren in Schweden, Finnland und dem Vereinigten Königreich vorhanden sind. Entweicht den europäischen Böden nur 0,1 % Prozent Kohlenstoff in die Atmosphäre, führt dies zu einer zusätzlichen Belastung der Luft, die den Abgasen von 100 Mio. Autos entspricht. Die Art der Landnutzung hat enormen Einfluss auf den Kohlenstoffgehalt der Böden. Grünland und Wälder stellen Kohlenstoffsinken dar, weil sie bis zu 100 Mio. Tonnen davon pro Jahr binden. Ackerland hingegen ist ein Nettoemittent, was bedeutet, dass hier 10 bis 40 Mio. Tonnen Kohlenstoff jährlich entweichen. Zu dieser Freisetzung kommt es, wenn Grün- oder Forstflächen in Kulturflächen umgewandelt werden. Auf Grund der steigenden Zahl der Weltbevölkerung werden aber in Zukunft immer mehr Kohlenstoffsinken in Kulturflächen umgewandelt werden, da der weltweite Nahrungsmittelbedarf sich entsprechend vergrößern wird. Der Bericht betont die Bedeutung der guten Bewirtschaftung der Böden und der Erhaltung der Torfbestände. Hierfür muss die landwirtschaftliche Praxis im Hinblick auf eine Reduzierung der Kohlenstofffreisetzung verbessert werden. Dies kann bei den Anbaupflanzen und Ernterückständen geschehen, sowie durch den Schutz der Böden vor Wasser und Regen mit Hilfe ständiger Bepflanzung. Außerdem trägt geringerer Maschineneinsatz zur Be-

wahrung der Böden bei. Auf diese Weise könnten jährlich zwischen 50 und 100 Mio. Tonnen Kohlenstoff in den Böden gebunden werden.

Eine Hürde stellt hier allerdings das Fehlen EU-weiter Daten über den Kohlenstoffgehalt in den Böden dar. Deshalb muss die Überwachung in diesem Bereich dringend verbessert und die Problematik der Böden bei künftigen Klimaabkommen stärker berücksichtigt werden. Die Kommission hat bereits im Jahr 2006 mit Unterstützung des europäischen Parlaments einen Legislativvorschlag zum Schutz der europäischen Böden vorgelegt. Allerdings ist dieser derzeit im Rat von fünf Mitgliedstaaten blockiert.

*Bericht „Wechselwirkungen zwischen Bodenschutz und Klimawandel“:*

[http://ec.europa.eu/environment/soil/publications\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/soil/publications_en.htm)

*Konferenz zu Bodenbewirtschaftung und Klimawandel (Juni 2008):*

[http://ec.europa.eu/environment/soil/conf\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/soil/conf_en.htm)

*Website zum Thema Boden auf Europa (in englischer Sprache):*

[http://ec.europa.eu/environment/soil/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/soil/index_en.htm)

## Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström absolviert Arbeitsbesuch in Brüssel

Am 2. April 2009 absolviert Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström einen eintägigen Arbeitsbesuch in der Europahauptstadt. Im Vordergrund ihrer Arbeitsreise nach Brüssel stehen neben Gesprächen in der Europäischen Kommission sowie in der Ständigen Vertretung Österreichs, Ter-

mine mit den Europaabgeordneten Christa Prets, Herbert Bösch sowie Johannes Voggenhuber. Weiters finden Treffen mit dem EU-Botschafter Hans-Dietmar Schweisgut sowie dem Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Gerhard Stahl, statt.

## Versammlung der Regionen Europas veranstaltete eine Diskussion über europäische Kommunikation: „Sprich zu mir, Europa!“

Um europäische Entscheidungen auf eine demokratische Grundlage zu stellen, muss das Interesse und Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden. Bei der Suche nach Lösungen für überregionale und globale Probleme werden europäische Antworten benötigt.

Wie kann die Brücke zwischen europäischer Politik und BürgerInneninteressen geschlagen werden? Wie das Vertrauen in europäische Entscheidungen gestärkt werden? Von 18. bis 19. März 2009 fand in der Vertretung des Landes Ba-

den-Württemberg in Brüssel die von der Versammlung der Regionen organisierte Veranstaltung „Talk to me, Europe“ – „Sprich zu mir, Europa!“ statt.

Die diesjährige Kommunikationskonferenz der VRE versuchte zu den oben genannten Fragen eine Antwort zu finden. Im Zentrum der Diskussionen standen die bevorstehenden Europawahlen im Juni 2009, die mangelnde BürgerInnenbeteiligung sowie die Rolle der Regionen, dieser EU-Politikverdrossenheit entgegen zu wirken.

### *Folgende Ziele der Veranstaltung standen im Vordergrund:*

- Erfahrungsaustausch im Bereich institutionelle Kommunikation der Europapolitik;
- Schaffung eines Dialogforums für eine dezentralisierte Europakommunikation;
- Schaffung von Impulsen und Perspektiven von Europaabgeordneten und VertreterInnen der Europäischen Institutionen;
- Informationen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen europäischen Regionen und dem europäischen Bürgerbeauftragten;
- Schaffung neuer Einblicke in die Brüsseler Medienszene;
- Entwicklung effektiver Kommunikationsstrategien für regionale Akteure.

### *Die nachstehenden Leitfragen wurden gestellt:*

- Wie sensibilisiert man die Bevölkerung für europäische Politik und wie trägt man zur Vertrauensbildung zwischen BürgerInnen und den europäischen Institutionen bei?
- Wie können die BürgerInnen für die kommenden Europawahlen mobilisiert werden?
- Wie können europäische Institutionen regionale, lokale und BürgerInneninteressen vertreten und bürgernennahe Politik betreiben sowie kommunizieren?
- Welche Rolle haben die Regionen im europäischen Kommunikationsprozess und was können die Regionen zur Vertrauensbildung beitragen?

**Der folgende Leitgedanke zog sich durch die gesamte Veranstaltung:** Europäische Regionen spielen eine besondere Rolle bei der Überbrückung von BürgerInneninteressen und Europapolitik:

- **Nähe:** Die Regionen sind mit den örtlichen Gegebenheiten und Mentalitäten bestens vertraut. Dadurch

können sie die Praxisnähe der europäischen Politik sicherstellen.

- **Kommunikation:** Regionen können mithelfen, den BürgerInnen Informationen über europäische Angelegenheiten - in allgemein verständlicher Sprache - bereitzustellen.
- **Umsetzung:** Regionen sind für die Verwaltung von teilweise über 70 Prozent der EU-Maßnahmen verantwortlich und können den europäischen Institutionen daher wertvolle Hinweise über Erfolge oder Misserfolge liefern.
- **Partizipation:** Die Einbeziehung der regionalen Ebene bei der Ausformulierung der EU-Politik kann zu einer intensiveren Partizipation der BürgerInnen an der Politikgestaltung in Europa beitragen.
- **Legitimität:** Die demokratische Legitimation der regionalen Verwaltungen gegenüber den BürgerInnen kann in die europäische Politikgestaltung und Entscheidungsfindung eingebracht werden.

Europäische Einigung: Die Regionen können durch die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Projekte dazu beitragen, ein Europabewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen.

### *Zur Versammlung der Regionen Europas:*

In der Versammlung der Regionen Europas (VRE) sind 270 Regionen aus allen Teilen des größeren Europas, von den portugiesischen Azoren bis zu Tatarstan in Russland und von Norrbotten in Schweden bis zur süditalienischen Region Sizilien, vertreten. Diese Regionen sind es, die die europäische Integration tagtäglich in der Praxis erleben. Sie bilden die Bausteine eines Europas von unten, arbeiten über nationale Grenzen hinweg zusammen, führen gemeinsame Projekte durch und suchen nach gemeinsamen Lösungen für gemeinsame Probleme.

*Siehe dazu:*

[www.aer.eu](http://www.aer.eu)

## **AT-Netzwerktreffen im Verbindungsbüro des Landes Salzburg „MitarbeiterInnen der Europäischen Kommission als BotschafterInnen“**

Am 13. März 2009 fand im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU ein Treffen der in den EU-Institutionen tätigen Österreicherinnen und Österreicher statt.

Im Rahmen der Veranstaltung berichtete Wolfgang Streitenberger, Berater des Generaldirektors der Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien der Europäischen

Kommission, über das interne Kommunikationsprojekt der Europäischen Kommission „Staff as Ambassadors“ („MitarbeiterInnen als BotschafterInnen“). Im Vordergrund dieses Projekts steht vor allem der Aufbau eines positiven Erscheinungsbildes der EU-Kommission von innen nach außen. Ziele der Aktion „Staff as Ambassadors“ sind einerseits die Steigerung der MitarbeiterInnen-Motivation und des

Teamgeists innerhalb der Kommission, andererseits die Mobilisierung der MitarbeiterInnen als Kommunikatoren nach außen. Es soll nicht nur kommissionsintern besser kommuniziert werden, auch das Image der Kommission soll durch

Kommunikation mit der Außenwelt verbessert werden, durch Aktionen wie: Vorträge vor Besuchsgruppen, Informationsveranstaltungen in Schulen, etc. BotschafterIn sind alle MitarbeiterInnen der Europäischen Kommission.

## 11. bis 12. März 2009 – Trainingakademie der Versammlung der Regionen Europas

Von 11. bis 12. März 2009 organisierte die Versammlung der Regionen Europas im Rahmen ihrer Trainingakademie eine in französischer Sprache abgehaltene zweitägige Weiterbildung zum Thema „EU“. An der März-Weiterbildung nahmen insgesamt 35 TeilnehmerInnen aus 17 Regionen und 6 Mitgliedstaaten – darunter hohe BeamtInnen aus den regionalen Verwaltungen sowie ihren Brüsseler Vertretungen, aber auch politisch gewählte RepräsentantInnen der regionalen Ebene – teil.

Zentrale Themen der Frühjahrs-Trainingakademie waren die Entscheidungsfindung innerhalb der EU sowie die Rolle der Regionen in diesem Prozess (Vortragende: Michaela Petz-Michez, Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur EU), was bedeutet Lobbying und wie kann es effizient

betrieben werden – inklusive Vorstellungen von konkreten Lobbyingbeispielen aus einzelnen Regionen (Vortragender: Pascal Goergen, Vertretung der Region Brüssel bei der EU) sowie Informationen zu EU-Förderprogrammen – Interreg, Leader und das 7. Rahmenprogramm für Forschung (Vortragende: Maruxa Cardama, Vertretung der Region Süd-West-Großbritannien bei der EU).

Nähere Informationen dazu finden Sie in französischer Sprache unter:

<http://www.aer.eu/en/events/aer-training-academy/2009/academie-de-formation-de-lare-session-en-langue-francaise.html>

16

## BORG Mittersill

Eine Klasse des BORG Mittersill war von 16. bis 18. März 2009 unter der Leitung von Robert Nocker in Brüssel zu Gast. Das Verbindungsbüro des Landes Salzburg organisierte für die Gruppe Termine im Europäischen Parlament, in der Kommission, im AdR und im EWSA, beim europäischen Datenschutzbeauftragten, in der Ständigen Vertre-

tung Österreichs bei der EU sowie im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU. Vorträge zu verschiedenen Fachbereichen vermittelten den SchülerInnen einen konkreten Eindruck der Arbeit verschiedener Institutionen und Einrichtungen in und um die EU.

## Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU

*Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen – Finanzierungsinstrument für den Katastrophenschutz – Kooperationsprojekte in den Bereichen Bereitschaft und Prävention*

Die finanzielle Unterstützung erfolgt in Form von Finanzhilfen.

Die betroffenen Bereiche, Art und Inhalt der Maßnahmen und die Bedingungen für die Bewilligung der Finanzhilfe werden im einschlägigen Leitfaden für die Beantragung von Finanzhilfen dargelegt, der auch ausführliche Hinweise da-

zu enthält, wo und wann die Vorschläge einzureichen sind. Anmeldefrist ist der 18. Mai 2009.

Der Leitfaden sowie die Antragsformulare können von der EUROPA-Website herunter geladen werden unter:

[http://ec.europa.eu/environment/funding/intro\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/funding/intro_en.htm)

*Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen*

Die europäische Kommission fordert hiermit zur Einreichung von Vorschlägen entsprechend dem Arbeitsprogramm des gemeinsamen Programms **Artemis Joint Undertaking** auf.



Für die folgende Einzelaufforderung werden Vorschläge erbeten: **ARTEMIS-2009-1**

*Frist und Mittelausstattung sind dem Wortlaut der Aufforderung zu entnehmen, die auf der folgenden Website veröffentlicht ist:*

[http://artemis-ju.eu/call\\_2009](http://artemis-ju.eu/call_2009)

### *Aufforderung zur Einreichung von Anträgen*

Im Rahmen des zweiten Aktionsprogramms der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2008-2013) ruft die Kommission zur Einreichung von Anträgen „Gesundheit 2009“ auf. Der Aufruf umfasst folgende Komponenten:

- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Vergabe von Finanzhilfen für spezifische Maßnahmen in Form von Projekten
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Vergabe von Finanzhilfen für spezifische Maßnahmen in Form von Konferenzen

- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Vergabe von Finanzhilfen zur Unterstützung nicht-staatlicher Einrichtungen und spezialisierter Netze (Betriebskostenzuschüsse)
- Aufruf an die Mitgliedstaaten und die sonstigen Teilnehmerländer zur Einreichung von Anträgen für gemeinsame Aktionen

Die **Frist** für die Einreichung von Vorschlägen bzw. Anträgen endet für alle Komponenten des Aufrufs am **20. Mai 2009**.

*Auf der Website der Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher sind sämtliche relevanten Informationen, u. a. Angaben zu den Auswahl-, Vergabe- und sonstigen Kriterien für die Vergabe von Finanzhilfen im Rahmen des Programms, zu finden. Die Adresse der Agentur lautet:*

<http://ec.europa.eu/eahc>

## **Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges**

### *EU-Förderungen Kulturerbe*

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur lädt zu einer Informationsveranstaltung zum Thema EU-Förderungen für den Bereich Kulturerbe ein. Die Veranstaltung bezieht sich auf den Bereich Museen, Bibliotheken, Archive und Sammlungen und ist an alle, die sich für EU-Förderungen interessieren, adressiert.

Das Programm umfasst Vorträge und Projektpräsentationen zu den EU-Programmen „Kultur“ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ sowie zum Programm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT PSP), zum 7. Forschungsrahmenprogramm und zu den EU-Strukturfonds.

Die Veranstaltung findet statt am **20. April 2009 um 9.30 Uhr** im

*Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur  
Freyung 1  
3. Stock (Festsaal)  
1010 Wien*

Es wird um **Anmeldung bis zum 15. April 2009** gebeten an:  
[Sabine.Koerper@bmukk.gv.at](mailto:Sabine.Koerper@bmukk.gv.at)

*Das genaue Programm ist zu finden unter:*

<http://www.ccp-austria.at/view.php?id=187>

### *Aufruf für die European eGovernment Awards 2009*

Die Europäische Kommission fordert lokale und regionale Behörden auf, erfolgreiche Fälle im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die damit verbundenen Erfahrungen im Rahmen der European eGovernment Awards 2009 zu präsentieren. Die besten Fälle werden von einer unabhängigen Expertenjury ausgewählt.

Die Teilnehmer erhalten u. a. die Chance, einen von fünf prestigeträchtigen European eGovernment Awards zu gewinnen.

**Der Preis ist in vier Kategorien unterteilt:**

- **Kategorie 1:** eGovernment als Unterstützung für den Binnenmarkt
- **Kategorie 2a:** eGovernment als Erleichterung für Bürger
- **Kategorie 2b:** eGovernment als Erleichterung für Unternehmen
- **Kategorie 3:** eGovernment zur Förderung von Effizienz und Effektivität in der Verwaltung

Separat wird ein Öffentlichkeitspreis verliehen, der auf einer Online-Abstimmung von Mitgliedern von ePractice.eu basiert (Mitgliedschaft offen für alle).

#### Die Kriterien der Jury sind die folgenden:

- Relevanz
- Auswirkung
- Innovation
- Potential für den Austausch von Praktiken
- Managementansatz
- Kommunikations- und Verbreitungsansatz

Bewerben können sich alle Behörden aus EU-Mitgliedstaaten, EFTA-Staaten und Staaten mit Beitrittsstatus, die eGovernment-Dienstleistungen anbieten. Zur Bewerbung sollen die entsprechenden Formulare verwendet werden, die ab Ende März auf der Homepage der eGovernment Awards zur Verfügung stehen. Die Bewerbungen müssen in englischer Sprache verfasst sein.

#### Wichtige Daten sind:

- 21. April 2009 (Informationstag in Brüssel)
- 10. Juni 2009 (Einsendeschluss für die Bewerbungen um 16.00 MEZ01)
- 19./20. November 2009 (Verleihung der eGovernment Awards und Vorstellung der Gewinner im Rahmen der Ausstellung zur 5. eGovernment Ministerkonferenz in Malmö)

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://www.epractice.eu/awards>

## Internes

Wir danken Frau Sonja Müller, die im Rahmen ihrer Tätigkeit als Praktikantin im Verbindungsbüro des Landes Salzburg an der Erstellung des Extrablattes Nr. 45, April 2009, mitgearbeitet hat.

Seit dem 2. Februar 2009 bis Ende Juli 2009 absolviert Ausbildungsjuristin Gabriele Eiwegger ein internes Praktikum im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU.



## **Ausblick auf die nächste Extrablatt-Ausgabe**

*Die nächste Extrablattausgabe erscheint Anfang Mai 2009!*

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes Osterfest!**

19

### *Impressum:*

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,  
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306, E: [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at)  
[www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm)

Redaktion & Bearbeitung:

© Michaela Petz-Michez; Céline Theissen

Koordination: Maren Kuschnerus

Redaktionsschluss: 30. März 2009